

Hallische Zeitung

Insertionsgebühren für die halbjährige Zeit oder deren Raum für Halle u. Umgegend. Preis 1/2 Mark. Wochensatz 11 Hlr. in zweiter Ausgabe Nachm. 3/4 Hlr.

vorm. im G. Schaeffke'schen Verlage. (Hallischer Courier.)

N 79.

Verlag der Actien-Gesellschaft Hallische Zeitung.

Halle, Sonnabend, 3. April.

Verantwortl. Redacteur: Professor Dr. O. Gerlach.

1880.

Politischer Tagesbericht. Deutsches Reich.

In wie bewundernswürdiger Weise Se. Majestät der Kaiser selbst in seinem hohen Alter den schweren Pflichten des Herrscheramtes obliegt, beweist ein Vorgang aus der neuesten Zeit. Der Staatshaushaltsetat für 1880/81 muß ordnungsgemäß vor dem spätestens mit dem Beginn des Etatsjahres publiziert werden; das Herrenhaus ist erst am letzten Tage des vorigen Etatsjahres, dem 31. März, zur Beschlußfassung über den Staatshaushaltsetat gelangt. Erst um 5 Uhr konnte dem Kaiser der Bericht des Staatsministeriums vorgelegt werden, in welchem die Reichliche Vollziehung des Etatsgesetzes beantragt worden. Ohne die Vorzüge der Entschlossenheit, hat Se. Majestät alsbald die Vorlagen schriftlich und schon um neun Uhr Abends die von ihm vollzogenen Etatsgesetze dem Staatsministerium wieder zugestellt und so die baldige Publikation derselben ermöglicht. In der That ein leuchtendes Vorbild für unser Volk!

Doch Se. Majestät der Kaiser durch ein Separatvotum zu dem Votum des Staatsrats über die Reform der Personalbestellung von 1820 seine Bedenken gegen die durch die damals in Aussicht stehende Ordnung der Steuer herbeigeführte verhältnismäßig starke Belastung der ärmeren Schichten der Bevölkerung ausgesprochen und damit der preussischen Gesetzgebung die Richtung für diejenigen Verbesserungen vorgezeichnet hat, welche vorgenommen sind, sobald bessere Zeiten eine starke Inanspruchnung der Steuerkraft der ärmeren Schichten der Bevölkerung entbehrlieh machten, ist aus den Dietrichsdorfer Verhandlungen über jene Verträge bekannt. Nicht bekannt ist aber, daß der damalige Prinz von Preußen sich gleichfalls mit voller Entschiedenheit gegen die Auflösung des sogenannten Flottwellfonds ausgesprochen hat und für die dauernde Verbeibehaltung dieser Einrichtung im wohlverstandenen nationalen und staatlichen Interesse eingetreten ist, demgegenüber die vorübergehenden Utilitätsmomente, welche zu der Auflösung des Fonds und der Verwendung der Flottwellfonds zu Chauisseebauzwecken führten, zurücktreten mußten. Diese Stellungnahme ist für die Charakteristika der gegenwärtigen unruhigen jetzigen Kaiser, wie für die vortiergen Jahre charakteristisch ist, damals so stark geworden war, daß sie selbst solche Staatsmänner mit fortw. welche ursprünglich energische Anhänger der Grolmann-Flottwellischen Politik gewesen waren.

In der am Donnerstag stattgefundenen Sitzung des Bundesrats sind dem Vernehmen nach die neuen Gesetzentwürfe betr. die Besteuerung des Branntweins nicht zur Vorlage gelangt. So viel man hört, sind dieselben bisher nicht definitiv festgestellt und werden jedenfalls erst nach in der vermutlich am Sonntag wieder stattfindenden Sitzung des Staatsministeriums zur Durchberatung gelangen. Erwägt man, daß dann noch die königliche Genehmigung zur Einbringung der Entwürfe im Bundesrat als Anträge Preussens erforderlich ist, so wird man kaum fehlgehen, wenn man annimmt, daß die betr. Gesetzentwürfe frühestens Mitte der nächsten Woche an den Bundesrath gelangen könnten.

Bei den Beratungen des Staatsrats, der, wie wir gestern meldeten, sich unter dem Vorsitz des Kronprinzen mit der Frage der deutschen Anlehnung in den gemischt polnischen Landesverträgen beschäftigt, sind über die Einrichtung und die Befugnisse der für die innere Kolonisation zu bildenden Ammediat-Commission erhebliche Meinungsverschiedenheiten hervorgerufen, die in einer Subcommission weiter erörtert werden sollen. Wie verläutet, hat der Kronprinz in seiner Ansprache bei Eröffnung der Verhandlungen die Nothwendigkeit sehr entschieden betont, die Unterlassungsfünden der Verwaltung seit 1840 gut zu machen und den polonisirenden Bestrebungen des polnischen Adels und Klerus entgegenzutreten. Der Kronprinz betheiligte sich an der sehr lebhaften Debatte, in welcher auch der Reichskanzler wiederholt das Wort ergriff. Fürst Bischoff soll insbesondere hervorgehoben haben, daß es nothwendig sei, das Element der persönlichen Verantwortlichkeit in der Stellung des Vorstehenden der Ammediat-Commission zu seinem Rechte kommen zu lassen und in der Zusammenlegung der Commission dem praktischen Leben und seiner Erfahrung vor dem bureaukratischen dem Vortzug zu geben. Es handelt sich offenbar darum, die Ammediat-Commission nicht dem Minister für Landwirtschaft unterzuordnen, sondern ihr die voll. Selbstständigkeit des Vorgesetzten zu wahren, wie eigentlich schon durch den Namen „Ammediat-Commission“ bezeichnet ist. Nur wenn dies erreicht wird, kann die Commission die Ausführung der erforderlichen Maßnahmen, als: Erwerbung von polnischen Grundbesitz und Anlehnung deutscher Bauern, selbst in die Hand nehmen. Andernfalls bliebe sie auf die Stellung eines begutachtenden und kontrollirenden Organs beschränkt und wäre dann offenbar nicht im Stande, ihrer Aufgabe zu genügen.

Von militärischer Seite erhält die „Nat.-Ztg.“ folgendermaßen beachtenswerthe Zusätze: „Seit etwa zwei Jahren sind Verhandlungsberichte über Landesverträge und Untere Verträge beinahe

zur stehenden Arbeit in der Tagespresse geworden, und waren es meist Angehörige niedriger Grade des Heeres, welche der Verfügung gewerksmäßiger Epione erliegen, diesen durch Mittelung geheimer Schriftstücke und Beschaffung von Vorständen in ihrem schändlichen Treiben leisteten. Der allgemeinen Achtung unserer Zeit folgend, haben den Bewegung zur Zeit stets das Verbrechen, sich ohne große Mühsamkeit Mittel zu beschaffen, die gezeigten Ansprüche an den Muthigen der Unschuldigkeiten des Lebens in einer Weise zu beschaffen, wie sie sich nicht mit dem verdienten Einkommen in Einklang bringen läßt. Dieses Verbrechen wissen die Befürworter nur zu geschäftig ihren Zweden dienlich zu machen, indem sie ihre Kräfte vornehmlich in solchen Kreisen auszuwerfen, deren mangelhafte Zurechnungsbildung auf Ausbildung der moralischen Kraft zu geringen Werth legt. An dieser Stelle muß eingestuft werden, um das Uebel zu bekämpfen.

Das Mittel dazu dürfte aber vor Allem in der Annahme des von anderen Heeresleistungen, beispielsweise der englischen, bereits erprobten Verfahrens zu finden sein: alle Arbeiten, deren Geheimhaltung von Bedeutung ist, nur solchen Persönlichkeiten anzuvertrauen, deren Erziehung und bereits erlangene Lebensstellung Siderheit für die Unanfechtbarkeit ihrer Moral bietet.

Solche Persönlichkeiten sind aber gewiß in großer Anzahl unter den aus den unteren Offizierskreisen stammenden Pensionären zu finden, die, wenn auch aus irgend welchem Grunde als nicht geeignet zur Verwendung in höheren Stellen befunden, immerhin ein vorzügliches Material für solche bisher mit Unteroffizieren besetzte Vertrauensposten abgeben würden. Wenn jeder Stelle, in deren Dienstbereich die Bearbeitung von Kriegsvorbereitungen liegt, die sich der öffentlichen Kenntniss entziehen sollen, aus der Klasse der pensionirten Hauptleute und Lieutenants, unter was immer für einem dem Verhältniß entsprechenden Titel, ein Secretär zugewiesen würde, der neben der bereits erdienten Pension eine Dienstzulage in Höhe der Gehaltsbeihilfen eines Unteroffiziers oder Feldwebels — circa 1000—1500 M jährlich — empfinde, so wäre nicht allein die Frage gelöst, wie ohne besondere Mehrbelastung des Etats zuverlässige Kräfte zu langjähriger Dienstleistung obiger Art zu gewinnen wären, sondern durch dieses Verfahren würde besser, wie durch das günstige Pensionsgesetz die Härten gemildert werden, mit denen häufig bei Pensionirungen vorgegangen werden muß.

Da die zu Schreibstellen verwendeten Unteroffiziere einen höheren Grad von Intelligenz besitzen müssen, um ihren Dienst verrichten zu können, würde mit Annahme der hier skizzirten Idee noch der Wohlthätigkeit der Truppe selbst die besten Unteroffizierskräfte zur Ausbildung der Mannschaften zu erhalten, während nach dem bisherigen Systeme sich unter den für den Kriegsdienst einberufenen Unteroffizieren eine große Anzahl geistig sehr Befähigter befand, deren Nutzen für die Front aber deshalb ein geringer war, weil diese Leute während ihrer aktiven Dienstzeit fast nur in Bureaus beschäftigt wurden.

In Berlin hat sich diese Tage eine evangelische „Deutsch-afrikanische Missions-Gesellschaft“ gebildet. Damit ist der Anfang zur Einlösung der Verpflichtungen gemacht, welche dem evangelischen Deutschland als solchem mit den Erfolgen unserer Colonialpolitik zufallen sind. Deutsch-Afrika muß nicht nur kolonisiert und civilisirt, — es muß vor allem christlich werden. Das ist die erste und höchste Aufgabe, die uns zu lösen bleibt. Auch auf diesem Gebiete unserer ist es die thätigste Deutsch-afrikanische Gesellschaft, die vorangeht, während von einer Initiative der „fürstlichen Kauflente“ von Kamerun noch nichts verläutet. Und doch leidet es nicht den geringsten Zweifel, daß die Hamburger Großhandlungsgesellschaft, wie sie von der Mission und ihrer Thätigkeit in Westafrika seit Jahrzehnten schon den größten Nutzen zieht, auch über ganz andere Geldmittel zu verfügen hat, als die Deutsch-afrikanische Gesellschaft und deren Freunde. Wir hoffen, daß man den letzteren in Samlung keinen allgem. Vorbehalt darüber täuschen darf, hier erhebliche Mittel nöthig sind. Mit wenigen Tausenden, wie sie für die Zwecke der Inneren Mission im einzelnen vielfach ausreichend sind, ist hier nicht viel gesagt. Es wäre deshalb vielleicht zweckmäßiger gewesen, sich mit einer der bestehenden Missionsgesellschaften in Verbindung zu setzen, da in diesem Falle die allgemeinen Kosten sich bedeutend niedriger stellen würden, als wenn eine eigene Gesellschaft gegründet werden soll. Freilich wissen wir nicht, ob die betreffenden Gesellschaften geneigt wären, auf ein derartiges Abkommen einzugehen. In einem Theile unserer afrikanischen Besitzungen sind übrigens fremde Gesellschaften thätig, mit denen man sich nicht auseinanderzusetzen muß, da es nicht angeht, sie von der Stätte ihres Wirkens kurzer Hand zu verdrängen.

Mit kräftigen Worten giebt ein Berliner Berichterstatter der „Magdeburger Zeitung“ seine gerechte Entrüstung über den in den Verhandlungen des Reichstages mehr und mehr zur Herrschaft gelangenden ungeziemenden Ton der Verhandlungen kund.

Die den Reichstag gegenwärtig beschäftigende Frage der Verlangung des Sozialistengesetzes, scheint er, läßt eine Vermittelung der parlamentarischen Gitten in steuendem Maße hervortreten. Das Vernehmen der „Deutschfreimüthigen“ und Sozialdemokraten wird nachgerade unqualifizierbar. Dieses müßte Gehör, dieses frivole Hineinrufen in die Debatte, die sich gegen die Schicklichkeit ipso facto der Vertreter der verbündeten Regierungen, dieses jugenmäßige Gelächter und laute Zuspätschießen, hinanzusetzen, in die ersten Debatte — all dies erregt in freudigem Maße die Gefühle aller anständigen Mitglieder des Reichstages. Wir sind überzeugt, ja man kann es aus ihren Mienen lesen, daß viele rabiate, anmaßliche Mitglieder der „Deutschfreimüthigen“ Partei dieses müßigen, unangenehmen Treiben ihrer Herren nicht wollen; allen da Führer der Partei diesen Ton anzuhören, so findet er täglich mehr Befürworter und nicht die wenigsten unter ihnen, welche noch vor wenigen Jahren in den Reihen der Nationalliberalen denselben Gesetzen lebhaft zustimmten, die sie heute mit wüthendem Geheiß bekämpfen. Dabei verweihen sich täglich mehr die äußerlich erkennbaren Grenzen gegen die Sozialdemokraten. Einmalgehoben in die leeren Sphäre der „Freimüthigen“, in täglich vertrauter werdenden persönlichen Verkehr, weitestgehenden Einwirkung in der Verlegung des parlamentarischen Anstandes. Die „Freimüthigen“ verfehlen allerdings nicht, gelegentlich in akademischen Weben den Unterschied ihrer sozialen Grundidee im Vergleich zur Sozialdemokratie hervorzuheben. Allein die Gemeinsamkeit der Negation, der Verachtung des feindlichen Systems gegen die Abschreckung, insbesondere der persönlichen Anfeindung des Reichskanzlers und darüber hinaus die täglich steigende Gemeinheit des rohen, frivolen Tones, dies Alles schwingt ein täglich mehr merkwürdiges Band um beide Parteien und all dies verleiht dem „Deutschfreimüthigen“ Parteien immer mehr in der Untergrund ihren. Die „Deutschfreimüthigen“ spielen ein gefährliches Spiel.

Dieser Eindruck, den jeder unbefangene Leser schon aus der Lectüre der ausführlicheren parlamentarischen Berichte empfängt, ist natürlich für den Augen- und Ohrenzeugen der Reichstagsdebatte ein noch viel stärkerer.

Ausland.
Belgien. In den ausständigen Bezirken Belgiens scheint sich die Lage wieder zu bessern. Zwar sind die Streiks im Borinage noch immer bedeutlich genug, aber in Charleroi ist bereits Alles auf dem besten Wege zur Wiederherstellung der Ordnung. Die Truppen kampiren allerdings noch an allen Punkten, an denen Arbeiter in größerer Zahl vorhanden sind, aber es find keine neuen Zusammenstöße vorgekommen und die Bürgerwehr hat aufgelöst werden können. Inzwischen wird die Reförme erster und zweiter Klasse zusammengezogen und das Meer auf diese Weise von 47000 Mann auf etwa 70000 Mann vergrößert. Ueber die Gründe, welche den Aufstand herbeigeführt haben, schreibt ein Correspondent der „Frankf. Zeitung“:

„Das die Glasbläser Hand geboten haben zum Bestimmung, ist keine Sache, denn leicht noch zu vermeiden. Es ist ein 2200 Zers per Monat; jetzt nachdem er durch übermäßiges Arbeiten und ausweichende Lebensweise geschwächt ist, bringt er es noch auf 1800 Zers per Monat. Ueber die glückliche sind die Kohlenarbeiter Arbeiter; 2 Zers bis 2 1/2 Zers. In der durchschnittlicher Arbeitslohn; inwendige Arbeiter verdienen bloß 1 Franc pro Tag. Eine genaue Statistik über die Zahl der Arbeiter, die Lohnhöhe und die Produktion überhaupt hat annochs März der „Corps des mines“ aufgenommen; es ist offensichtlich, daß die Statistik noch nicht weiter bestimmte geben werden der Arbeiter verlaunt gar nicht. Ihr einiges Uebel ist eine bessere materielle Lage. Sie haben eine politische Rechte und find meistens sehr unwillig. Es stellt ihnen ihre Uebung zur Verfügung an öffentlichen Interessen und sie sind daher auch nicht einseitig einseitig. Dadurch aber werden sie nicht unzufrieden. Die gegenwärtige Bewegung — die man allenthalben, auf der Bahn in Wirtschaften und im Verkehr mit erschöpflichen Gründen als eine Revolution und nicht als ein bloßes Streikvergehen fassen kann — beweist das eben Geigte zur Genüge. Rationalität ist das allgemeine Uebel: Rationalität unter den vernünftigen Arbeitern, Rationalität auch unter den Arbeitgebern. Wer es nicht mit der Sozialpolitik in Verbindung bringt, und nur dem feinen menschlichen Gehirnen halbt, der möge lieber kommen und sich überzeugen, zu welchen Ergebnissen man dadurch gelangt.“

Obgleich ein sehr bezeichnendes Bagelländnis in den Spalten eines Blattes von der politischen und wirtschaftlichen Richtung der „Frankf. Ztg.“

Vermischte Nachrichten.

Berlin, den 1. April.
Die „Götterin in Jever“, welche dem Reichstanzler zu dessen Geburtstag am 1. April adhärslich 101 Reibiger zu überreichen pflegten, sind durch den diesjährigen langen und strengen Winter in arge Verlegenheit gerathen. Erst in den letzten Tagen beginnen, wie man dem „N. Z.“ aus Ostfriesland schreibt, die Frühlingsboten, — Schnee, Storch und vor Allem der sehr spät erwartete Regen, sich zu zeigen, so daß es fraglich ist, ob die 101 Reibiger rechtzeitig zusammengebracht sein werden. Es ist deshalb die Abwendung des folgenden Frühlingssturmgeschreies an den Fürsten Bischoff vorgeschlagen worden:
Sien Gier io fimm Jener,
Denn du dar'n zu langen Winter;
Doch Konstel, weer nicht unbedullig,
De buumerre dient wi Di schullig.

Unter den Geburtstagsreden für den Fürsten Bischoff befinden sich viele hübsche und eigenartige. So hat z. B. ein Brautpaar, welches aus Württemberg und Westphalen stammt, die Einigung von Süd und Nord glücklich verkündend, eine prachtvolle Sepiarzeichnung mit folgenden hübschen Worten geant:
Es nah der Herz, noch laudet der Mai,
Vord blühen die duftigen Aolen;
Dah find des Winters Stürme vorbei,
Die ichn in im Venze zu tolen.
Und freundsliche Grüße Dir senden die Zwei.

